

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Heinz Sahrenbrach, Düsseldorf, Florastraße 7, Telefon 14742 • Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstr. 65, Telefon 24614 • Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 6

Düsseldorf, den 6. Februar 1926.

Verandort Crefeld

## Wo liegt die Schuld?

Von Dr. Röhrl.

I.

Die Arbeitslosenziffern sind gestiegen, Kurzarbeit hat um sich gegriffen, die Konkursziffern sind in die Höhe gegangen, die Geldverschuldung an das Ausland hat zugenommen; man kann nicht sagen, daß wir in einer Zeit geradezu blühender Wirtschaft leben, zumal eine gewisse Ausdehnung der Depression noch bevorzuzustehen scheint. „Depression?! Die wirtschaftliche Lage ist trostlos, ist katastrophal!“ So sind viele zu rufen bereit, wenn man von Depression spricht. „Einfach katastrophal!“ Und dann kommen noch immer die allbekanntesten lamentationen über die Gründe: Passivität der Handelsbilanz, der Zahlungsbilanz, die überhöhen Steuern und Soziallasten, die hohen Zinsen, die hohen Produktionskosten (lies: Löhne), das Unverständnis des Reichsarbeitsministeriums, und dann noch ein einziges, was gerade im Augenblick aktuell erscheint.

An dieser Aufzählung merkt man schon, wer so jammert: es sind die Sach- und Geldkapitalisten (Arbeitgeber oder Unternehmer wäre ein bißchen viel gesagt), die Industriellen, die Gewerbetreibenden, die Innungsleute, die Händler. Diese Leute nennen sich gern mit einem stolzen Sammelwort: „Die Wirtschaft“ — „Die Wirtschaft“ zur Vollfrage, „die Wirtschaft“ und die neuen Steuern. „die Wirtschaft“ über unsere Handelsverträge, „die Wirtschaft“ Locarno, so oder ähnlich kann man fast täglich in den Zeitungen lesen, und dann wird ausgeführt, daß etwa die Spitzenverbände der Industrie, des Großhandels usw. diese oder jene Äußerung von sich gegeben haben oder bei dieser oder jener Regierungsstelle vorstellig geworden sind; oder es wird daselbe nicht einmal von Verbänden, sondern von einigen prominenten Wirtschaftsführern gesagt. „Die Kinder, sie hören es gerne“, nämlich daß sie „die Wirtschaft“ sind.

In dem Gejammer der „Wirtschaft“ liegen Anklagen. Angeklagt wird der Staat, der zu viel Steuern nimmt und der „Wirtschaft“ auch sonst ungebührliche Fesseln und Lasten auferlegt, angeklagt wird die Arbeiterschaft, die angesichts der katastrophalen Lage nicht länger und billiger arbeiten will. Nicht angeklagt wird die „Wirtschaft“. Makellos, in unschuldsvoller Keuschheit, mit dem besten Willen, mit den lautesten Absichten, mit Qual im Herzen um das harte Schicksal der Arbeitslosen steht sie da, leidet der Unvernunft des Staates und Arbeiterschaft gegenüber machtlos. So ungefähr.

Und doch, und doch, wenn man genauer hinsieht? ... nur auf einige Punkte sei so ganz von weitem von einem natürlich völlig „Unfachverständigen“, der „gar nicht in den Dingen drin steht“, der „einfach etwas dahergebaupt“, hingewiesen.

II.

1. Die Konkursziffern der letzten Monate überragen die der Friedenszeit (die Zeit der blühenden Wirtschaft) gewiß, aber doch nur ganz wenig. So 700 bis 200 Konkurse monatlich gab es auch damals. Die der letzten Monate lagen zwischen 700 und 1400. Wir haben aber, und das ist wohl zu bedenken, mehr als das Doppelte an Unternehmungen, die schon bei der Gründung faul waren. Wer hat diese faulen Unternehmungen gegründet? Sind Staat und Arbeiter es schuld, wenn sie sich nicht halten können? Zieht sie ab, was bleibt dann noch Anormales? Auch früher gingen schon alte, ehrliche Geschäfte pleite. Sind es heute mehr? (Uebrigens entstehen so viele, zeitweise sogar noch mehr neue Geschäfte usw., als verschwinden.)

2. Wir haben einen gewiß nicht befriedigenden Aufhebenmarkt. Müht das nicht zum Teil von den hohen Schutzzöllen her, die unserem Außenhandel entgegenstehen, und führen diese nicht zum Teil von unserer eigener Hochschutzzöllen her? Wer hat nun diese mit aller Macht gefordert? Sodann: Wer hat durch rigorose Lieferungsbedingungen die ausländischen Kunden absperrig gemacht? Ist es beispielsweise wahr, daß die Rüstindustrie in der Nachkriegszeit von amerikanischen Rüstimporteuren den drei- bis vierfachen Goldpreis der Vorkriegszeit gefordert hat? Waren der Staat und die Arbeiter an diesen hörenden Preisfestsetzungen beteiligt? Und schließlich: Kauft nicht der Importeur ohne Rücksicht auf den Exporteur in den Ländern, wo er im Augenblick am besten sein Privatinteresse gedeckt sieht? Kommt dabei die höchste Nugwirkung für die deutsche Wirtschaft heraus?

3. Wenn die Steuern zu hoch sind, so ist doch die Frage berechtigt, wer sie gemacht hat? Stand nicht die Regierung, die den Bedarf anmeldete und die Entwürfe einbrachte, den Kapitalisten viel näher, als der Arbeiterschaft? Und weiter: Waren an der Beratung dieser Steuern nicht die Vertreter der Kapitalistengruppen beteiligt? Haben nicht die Fraktionen den Steuern zugestimmt, die „die Wirtschaft“ als ihre Interessenvertretungen ansieht? Darauf sollten die Klagen doch einmal näher eingehen. Und dann: Wer kommt denn eben Augenblick nach Berlin, um von diesem angeblichen Sündenbündel, „das der Wirtschaft abgepreßt wird“, zu holen? Und wer bekommt am meisten von den „enormen Ueberschüssen“ ab. Etwa die Arbeiter? Haben die die berühmten 750 Millionen bekommen? Bekommen sie die

gewaltigen Darlehen zu Vorzugszinsfüßen? Oder wer ist es? — Und wenn werden denn die Steuern in weitem Ausmaße gestundet? Etwa der Firma Krupp oder ihren Arbeitern?

4. Verhältnismäßig wenig Klagen hört man aus den Kreisen der Sachkapitalisten über die wucherischen Zinsen, obschon hier eine Hauptwurzel unseres Übels berührt wird. Der Grund für die schweigende Verhüllung der Haupter liegt auf der Hand. Es sind ja nicht Arbeiter, und es ist auch nicht der Staat, der so hohen Debet-Zins nimmt und so niedrigen Einlagenzins zahlt, sondern das sind ja — die Kapitalisten selbst, die Geldkapitalisten. Und diese haben die Industriellen, auch die großen, heute ganz anders an der Strippe, und lassen sie es ganz anders fühlen, als es jemals die Arbeiterschaft oder der Staat gekonnt oder gewollt hat. Aber da darf man halt nichts sagen, da muß man auf etwas anderes abzielen, aber in der Tat liegt hier eine der größten Hemmnisse gegen einen gedeihlichen Fortgang der Wirtschaft überhaupt.

5. Das andere Haupthemmnis liegt in den viel zu hohen Preisen. Nicht nur gegenüber der Kaufkraft sind diese Preise zu hoch, sondern auch im Verhältnis zu den Löhnen und den sonstigen notwendigen Gesehungskosten. Einsichtige Wirtschaftler sind sich darüber völlig klar. Infolgedessen kein Absatz, also auch keine Gelegenheit zu neuer Produktion und zu raschem Geldumsatz. Also Verlangsamung des Kreislaufes der Güter in der Volkswirtschaft und magere Ergebnisse in der Privatwirtschaft bei

## Goldene Gelegenheiten

nutzen auch der Faulheit nichts; der Fleiß aber macht selbst die gewöhnlichsten Vorkommnisse zu goldenen.

In der Gewerkschaft bietet sich Dir eine goldene Gelegenheit, durch treue Mitarbeit zu Deinem Teile mitzuhelfen am wirtschaftlichen und kulturellen

## Aufstieg des Arbeiterstandes.

erhöhten Kosten. Und wo liegt die Schuld? Wer verweist sich auf die zu hohen Preise? Nicht die Arbeiterschaft, nicht der Staat, nicht der Auslandskäufer, sondern der industrielle Sachkapitalist und Gewerbetreibende selbst! Und die Kartelle! Diese letzteren sind wahren Unternehmern häufig genug ein Grauel. Aber, so heißt es, diese wenigen können nichts machen. (Wie sagten wir doch einleitend: Es gibt wenige Unternehmer unter den Sach- und Geldkapitalisten.) Dieser Umstand darf jedoch nicht dazu verleiten, die Antwort auf die Frage nach der Schuld an den heutigen Wirtschaftsverhältnissen zu verdunkeln.

6. Kein vernünftiger Mensch wird leugnen, daß die Verwaltung unserer öffentlichen rechtlichen Körperschaften zu kostspielig ist, daß zuviel verwaltet und zuviel Personal in den einzelnen Körperschaften tätig ist. Gerade die „Wirtschaft“ beklagt sich darüber. Und doch ergibt sich bei genauerem Zusehen, daß dieses Klagen gar nicht so ernst gemeint sein kann. Denn „die Wirtschaft“ hat es in der Hand, ihnen ein Ende zu machen. Die Aufblähung des Verwaltungsapparates, seine Umständlichkeit, seine Kostspieligkeit liegt nämlich nicht darin, daß wir zuviel Ämterträger, Ordnungsbeamte, Kanzlisten haben, sondern darin, daß die oberen Stellen, die gut bezahlten Stellen überfetzt sind? Hier sitzen aber nicht Leute, die aus den Reihen der Arbeiter hervorgegangen sind, hier sitzen auch nicht die Abkömmlinge, Protektionkinder oder Parteigänger der Arbeiter oder die Mitglieder von Gewerkschaften. Hier sitzen auch keine Leute, die wenn es mit ihnen in ihrem Werk zu Ende geht, von den Arbeitern in deren Wohnungen aufgenommen werden möchten, sondern hier sitzt das Heer der vielen, die in allen den genannten Punkten den Sach- und Geldkapitalisten durchweg weit näherstehen. Würde „die Wirtschaft“ ernstlich gewillt sein, hier den notwendigen Abbau herbeizuführen, sie würde es gewiß durchzuführen vermögen; die politische Unterstützung der Arbeiterschaft dürfte ihr dabei sogar zuteil werden. Doch „so ist es nicht gemeint.“

III.

Würde man noch weiter forschen, so würde man noch manche Stellen herausfinden, wo die Schuld „der Wirtschaft“ liegt. Es sei diesmal mit dem Angeführten genug. Leider ist die Hoffnung gering, daß „die Wirtschaft“ aus eigener Einsicht zur Erkenntnis und von da zur entschlossenen Besserung gelangt. Die Not wird ihre Lehrmeisterin sein müssen. Traurig, daß Millionen von Menschen, die wirklich nichts daran tun können, darunter recht hart leiden müssen. Aber die Gewerkschaften haben in jeder Hinsicht die Verpflichtung, dahin zu wirken, daß „die Wirtschaft“ ihre Pflicht tut. Dazu gehört, ihr zu zeigen, wo ihre Unfähigkeit liegt. Hat nicht „die Wirtschaft“ jahrelang behauptet, die Minderleistung der Arbeiterschaft sei des Übels Wurzel? Und hat sie dies zu Recht oder zu Unrecht behauptet? Seute wissen wir es.

## Zum Problem der Wirtschaftskrise.

Die gegenwärtige Wirtschafts- und Arbeitslosenkrise ist keine akute, aus wirtschaftlichen wiederkehrenden Konjunkturen entstandene Krise. Ihre Ursachen liegen tiefer, sind grundsätzlicher Art — und wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird ihre Entwicklung und Auswirkung als Dauerkrise von längerer Zeit unser Wirtschaftsleben in grundsätzlicher umstellender und umgestaltender Form beeinflussen. Ungefunde, aus der Zeit der Inflationsjahre entstandene falsche Wirtschaftsgrundsätze müssen über Bord geworfen werden. „Ausreichende Löhne und vollkommenste Technik“ muß anstelle des Nachkriegsschemas „Lohndruck und Fortwursteln mit veralteter Technik“ Produktionsgrundsatz auch für die deutsche Industrie werden. „Großer Umsatz mit kleinstem Nutzen“ Geschäftsprinzip des deutschen Kaufmanns. „Wertarbeit“ unter diesen Gesichtspunkten die Parole der gesamten deutschen Wirtschaft. Nur dann, wenn sie uns diese Umstellung bringt, ist die Krise das, was wir alle erhoffen: eine Gesundungskrise der deutschen Wirtschaft.

Täuschen wir uns deshalb über die weitere Entwicklung und den Verlauf der Krise nicht! Eine solche Umgestaltung oder besser gesagt, Auswirkung, ist nicht von heute auf morgen erreicht. Wir müssen darum — ohne deshalb unsern Optimismus und unser Vertrauen in die deutsche Wirtschaft zu verlieren — doch mit einer nachhaltigeren Entwicklung der Krise rechnen. Das weitere enorme Steigen der Arbeitslosenziffern (von 1 Mill. Hauptunterstützungsempfänger Mitte Dezember auf 1,5 Mill. Anfang Januar) und die weitere Zunahme der Stilllegungsanträge bei den Regierungen — (bei der Regierung in Breslau gingen z. B. im Oktober 16, im November 21 und im Dezember 51 Stilllegungsanzeigen ein!) bestätigen das.

Es erscheint unter diesen Gesichtspunkten zum mindesten bedenklich, zu glauben, mit den jetzigen Palliativmitteln der Arbeitslosenfürsorge die Krise zu bekämpfen — oder auch nur auf die Dauer für die betroffenen Volksschichten erträglich machen zu können. Die unzulänglichen Unterstützungssätze erfordern eine weitere Erhöhung derselben, die Zahl der Bezugsberechtigten wächst von Woche zu Woche, die finanziellen Anforderungen der Arbeitslosenfürsorge steigen damit heftig an. Die Basis für die Aufbringung der Mittel dagegen verringert sich mit dem Fortschreiten der Krise mehr und mehr. Raschestes Wiederankerkeln unseres Wirtschaftslebens also tut not, — und muß ebenso Ziel und Aufgabe der Wirtschaft selbst wie des Staates sein. Das heisst für die deutsche Wirtschaft: die Mahnung und das Gebot der Krise zu erkennen und zu erfüllen! Für den Staat: in Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik dazu den Weg zu weisen und Helfer zu sein. In der Frage der Arbeitslosenfürsorge zwingt uns diese Notwendigkeit, die erforderlichen Leistungen und Maßnahmen des Staates nicht allein vom sozialen, sondern ebenso und vor allem vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus durchzuführen. Mit anderen Worten: Durch die Maßnahmen der Arbeitslosenfürsorge dem Wirtschaftsleben positive und wirklich produktive, d. h. sich schnell im Wirtschaftsleben wieder auswirkende Hilfe, zu leisten.

Durch die jetzigen Maßnahmen der Länder, Provinzen, Städte und Gemeinden geschieht das zum weit größten Teile nicht. Denn letzten Endes bringen die als Notstandsarbeiten der Arbeitslosenfürsorge in Angriff genommenen oder durchgeführten Straßen-, Kanalisations-, Bahn- und sonstigen Arbeiten ganz besonders in Anbetracht der Planlosigkeit, mit der dieselben oft „durcheinandergemacht“ werden, solche Wirtschaftshilfe nicht. Ein Wiederflottmachen unserer Wirtschaft wird damit ebensowenig wie die Möglichkeit der Aufbringung neuer Mittel für den Bedarf der Arbeitslosenfürsorge erreicht. Die „Breslauer Neueste Nachrichten“ machen in Betrachtung dieser Tatsache beachtliche Vorschläge: Schaffung eines Notstandsarbeitsplanes auf provinzieller Grundlage seitens Oberpräsidenten, Regierungen und Landesbehörden — unter Aufstellung einer Liste derjenigen Notstandsarbeiten, die nicht planlose Mittelvergeudung, sondern von dauerndem Wert sind. Wir ergänzen dazu: Verwendung der Mittel der Arbeitslosenfürsorge in geeigneter Form im direkten Dienste der Wirtschaft im ausgedehnten Sinne der Wiederankurbelung derselben. Und wir erheben, durch die Entwicklung der Krise bestärkt und in unseren Begründungen bestätigt, erneut unsere Forderung: In die Wirtschaft als fehlendes Organ die Bezirkswirtschaftsräte einzufügen und sich in ihren gestellten Aufgaben bestätigen und auswirken zu lassen. Ganz außerordentlich beachtenswerte Ausführungen sind es, die die „B. N. N.“ machen, indem sie in ihren Betrachtungen weiter sagen:

„Das Allerwenigste aber bleibt zweifellos die Einrichtung lediglich nach wirtschaftlichen — also unter Ausschaltung aller politischen und insbesondere parteipolitischen Rücksichten — zusammengefügter Sachausschüsse, die jeder Regierung Mittel und Wege weisen, die Wirtschaft ihres Bezirkes wieder in Betrieb zu setzen. Wenn auch naturgemäß die Wirksamkeit eines solchen Gremiums sich nicht bis in die kleinsten Werkstätten erstrecken kann, wenn es ihm nicht gegeben ist, Widerstände zu beseitigen, die zum Beispiel in weltwirtschaftlichen Vorgängen begründet liegen, vermögen doch aller Wahrscheinlichkeit nach sachmännische Beratungen und Fingerzeige wenig-





